

Südafrika im Umbruch – von Jacob Zuma zu Cyril Ramaphosa

Thorsten Winkelmann, Jost F. Noller

1. Vom Rassismus zur Regenbogen-Nation

Kaum eine Transformation unterstützte die internationale Staatengemeinschaft so euphorisch wie der Übergang vom Apartheidregime hin zu einer nicht-rassistischen Demokratie in Südafrika. Während der Apartheid legitimierte die weiße Minderheit ihre Herrschaft durch unterschiedliche Strategien, die ihren ideell-konzeptionellen Ausgangspunkt im bürischen Nationalismus und dem Prinzip der weißen Vorherrschaft hatten. Im Eigenverständnis der hauptsächlich aus den Niederlanden, aber auch aus Deutschland und Frankreich stammenden Buren spielte dabei der kollektiv uminterpretierte calvinistische Prädestinations- und Erwählungsgedanke eine zentrale Rolle.¹ Aus einem für die europäischen Kolonialherren typischen Überlegenheitsgefühl heraus nahmen sie die alleinige politische Herrschaft über das Land in Anspruch, welche sie dann mit einer als christlich bezeichneten Vormundschaft über die schwarze Bevölkerungsmehr-

heit begründeten. Das ursprünglich von den weißen Landbesitzern etablierte Herr-Knecht-Verhältnis wurde rechtsverbindlich ab den 1920er Jahren zuerst auf den Bergbau und später dann auch auf die Industrie und das Dienstleistungsgewerbe übertragen.

Ab 1948 baute die von der weißen Wählerschaft an die Regierung gebrachte bürisch-afrikanische Nationale Partei (NP) die Rassentrennung zum alle gesellschaftlichen Bereiche umfassenden System der Apartheid aus. Offiziell wurde die Ideologie der Apartheid mit fundamentalen kulturellen Unterschieden und historischen Traditionen wie auch divergierenden Entfaltungsmöglichkeiten der unterschiedlichen Ethnien und Stämme in Südafrika gerechtfertigt. Faktischer Zweck des Apartheid-Konzepts war der Erhalt und die Festigung der Herrschaft der weißen Minderheit über das Land. Die Angst sowohl vor der schwarzen Bevölkerungsmehrheit als auch vor dem Verlust sozio-ökonomischer Privilegien schweißte die weiße Bevölkerung zusammen und stabilisierte – neben dem Rohstoffreichtum und der geostrategischen Bedeutung Süd-



Dr. Thorsten Winkelmann
Institut für Politische Wissenschaft
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg



Dr. Jost F. Noller
Schopfheim

afrikas im Kalten Krieg – das Regime. Doch stieß die Apartheid bei der schwarzen Bevölkerungsmehrheit speziell in den städtischen Gebieten auf immer härteren Widerstand, was zum Aufbau massiver polizeistaatlicher Repressionsinstrumente gegen jede Art von Systemopposition führte.

Ein Fanal des schwarzen Widerstands war der Soweto-Aufstand von 1976. Trotz des Einsatzes massivster Polizeigewalt gelang es dem weißen Regime danach nicht mehr, die schwarzen Townships wieder dauerhaft unter seine Kontrolle zu bringen. So kam auch die NP Ende der 1980er Jahre zu der Erkenntnis, dass das System der weißen Herrschaft auf längere Sicht nur noch zum Preis eines permanenten Bürgerkrieges mit der schwarzen Bevölkerungsmehrheit aufrechterhalten werden könne. Innere Widersprüche und internationaler Druck ließen diese Herrschaftsform einer rassistisch definierten Minderheit schließlich erodieren, zumal die regierende NP nicht mehr in der Lage war, ihr Herrschaftssystem zu effektivieren. Die Legitimationskrise erfasste dabei sämtliche gesellschaftlichen Pfeiler der Apartheid und führte nach Aufhebung des Verbots des African National Congress (ANC) und anderer oppositioneller Organisationen zu einem friedlich ausgehandelten Systemwandel. Dieser ließ zwar die bestehenden Besitzverhältnisse weitgehend unangetastet, räumte dafür aber erstmals allen volljährigen Südafrikanern unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Bevölkerungsgruppe das Wahlrecht ein.

Verkörpert wurde dieser zwar turbulent verlaufende, aber weitgehend friedliche Übergang durch die unbestrittene Führungsfigur des ANC, Nelson Mandela. Seine fast mythische Verehrung im In- und Ausland wurde konzeptionell durch die rassen- und religionsübergreifende Selbstbeschreibung Südafrikas als „rainbow nation“ untermauert. Mandelas persönlicher Werdegang sowie seine Versöhnungsbereitschaft nach 27 Jahren Haft stellen auch noch posthum einen zentralen Legitimationskern im heutigen Südafrika dar. Seine Verhandlungsführung hatte als wichtigstes Ergebnis die Einigung mit der weißen NP-Regierung auf die Grundzüge einer freiheitlichen und demokratischen Verfassung, die ausgearbeitet 1996 in Kraft trat. Seit 1994 hat der ANC alle nationalen Wahlen haushoch gewon-

nen: Bei den letzten Parlamentswahlen 2014 erhielt er immer noch gut 62 Prozent der Stimmen und regiert in acht von neun Provinzen mit absoluter, teilweise sogar mit Zweidrittelmehrheit.

2. Von der Autokratie zur Demokratie zur Autokratie?

Unterschiedliche Krisen, die vom Verfall der Währung, schwachem Wirtschaftswachstum bei gleichzeitig hohen Inflationsraten über Streiks und Unruhen bis hin zur höchsten Mordrate weltweit reichen, kennzeichnen seit Jahren Südafrika. In Zahlen ausgedrückt: Die Arbeitslosigkeit von offiziell 27,7 Prozent (Dunkelziffer ca. 35 Prozent) wird nur noch von der Anzahl der in absoluter Armut lebenden Südafrikaner übertroffen (31 Prozent). Bereits 2016 gab es mehr Empfänger von Transferleistungen (17 Millionen) denn Berufstätige (15,5 Millionen), während 2017 nur noch 43,3% der Südafrikaner im berufstätigen Alter eine Beschäftigung hatten.² 14 Prozent wohnen in „Informal Settlements“ genannten Shanty Towns, rund 13 Prozent haben noch keinen Stromanschluss, 5,6 Millionen sind mit HIV infiziert, fast ein Drittel aller Schulumädchen ist HIV-positiv. Überdies schafft weniger als die Hälfte der südafrikanischen Schüler einen Sekundarschulabschluss, das Grundschulsystem wird auf Platz 116 von 137 der vom World Economic Forum untersuchten Länder eingeordnet.³

Trotz dieser Defizite konnte der ANC seine Stellung als zentraler politischer Akteur stets behaupten. Seine Omnipräsenz im politischen System ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass Wahlentscheidungen in Südafrika nach wie vor vornehmlich nach der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Bevölkerungsgruppe getroffen werden. Während anderswo Einkommen, Klassenzugehörigkeit, nationale oder post-materialistische Überzeugungen das Wahlverhalten (mit-)bestimmen, spielen diese Aspekte in Südafrika eine untergeordnete Rolle.⁴ So stimmt die schwarze Bevölkerungsmehrheit überwiegend für den ANC, der nach wie vor vom Nimbus profitiert, als Befreiungsbewegung maßgeblich den Widerstand gegen die Apartheid organisiert zu haben. Legitimität schöpft der ANC also aus seiner Vergangenheit, woraus ein historisch abgeleiteter Al-

leinvertretungsanspruch resultiert. Zudem haben sich seit dem demokratischen Aufbruch im Jahre 1994 wirkungsvolle geschichtspolitische Narrative etabliert, die einer mit propagandistischen Zügen behafteten Historisierung Vorschub leisten. Der Rückgriff auf die apartheidbedingte Vergangenheit bei gleichzeitiger Heroisierung des vom ANC angeführten Widerstandes hat deshalb unterschiedliche Funktionen: Einerseits ermöglichen die eingeübten Freund-Feind-Bilder den Zugang zur Realität, was vor allem bei auftretenden Problemen eine Form der Externalisierung von Verantwortung und Zuständigkeiten darstellt. Andererseits dienen die historisch-politischen Narrative der Mobilisierung insbesondere im Vorfeld von Wahlen, wo die „klassischen“ Figuren des Bösen – der „Westen“, die weißen Landbesitzer oder das „weiße Monopolkapital“ – breitenwirksam reanimiert werden.

Durch diese diskursive Hegemonie geraten die Entstehung und Formulierung anderer Anliegen – etwa der Wunsch nach einem Mindestmaß an Sicherheit, nach Berechenbarkeit der Staatsführung, nach öffentlichen Leistungen, usw. – in den Hintergrund, wie die Parlaments- und die zeitgleich stattfindenden Provinzwahlen 2014 exemplarisch verdeutlichten. Weder das Massaker in Marikana im Jahr 2012, bei dem 34 streikende Bergleute erschossen und 78 weitere verletzt worden waren, noch das sogenannte „Nkandla-Gate“, wo sich Präsident Jacob Zuma rechtswidrig auf Staatskosten seine Privatesidenz umfassend umbauen ließ, oder die ebenso zahlreichen wie gewaltsamen Proteste wegen fehlender bzw. unzureichender öffentlicher Leistungen konnten den elektoralen Zuspruch merklich verringern. Erfolgreich setzte der ANC auf den Mythos des wenige Monate zuvor am 5. Dezember 2013 verstorbenen Nelson Mandela, der in Südafrika auch unter seinem Clannamen Madiba bekannt ist. Mit der Kampagne „Do it for Madiba“ aktivierte der ANC nicht nur seine eigenen Anhänger, sondern konnte dadurch alle anderen Themen in den Hintergrund drängen.

Die Stellung des ANC im politischen System Südafrikas ist nicht nur darauf zurückzuführen, dass er in der Vergangenheit Recht und Legitimität auf seiner Seite hatte sowie zur Überwindung der Apartheid maßgeblich beitrug, vielmehr strukturiert er wesentlich

das politische wie gesellschaftliche Umfeld. Die Dreiparteienallianz zwischen ANC, der Kommunistischen Partei Südafrikas (SACP) und dem Gewerkschaftsdachverband (COSATU) schafft eine breite Basis bis weit in die zivilgesellschaftliche Sphäre hinein, wenngleich ostentative Massenmobilisierungen der Vergangenheit angehören und die Bindungen insgesamt schwächer werden. Über korporative Wege bindet COSATU die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in den ANC ein. In Bereichen wie der Armee, der Polizei, in (halb-)staatlichen Unternehmen sowie im öffentlichen Rundfunk- und Fernsehwesen verfolgt der ANC eine flächendeckende Kaderpolitik, die zur Besetzung sämtlicher Positionen mit eigenen Anhängern führte.⁵ Zufrieden stellte Jacob Zuma während seiner Rede zum 99. Geburtstag des ANC 2011 fest, „we place a high premium on the involvement of our cadres in all centres of power [in] key strategic positions in the state as well as in the private sector.“⁶ Durch diese Personalpolitik verschmelzen allmählich die Grenzen zwischen Partei, Staat und Wirtschaft.

Seine räumliche Reichweite vergrößert der ANC durch Kooperationen mit den Traditional Leaders, die in ruralen Gebieten des Landes eine wichtige Stütze darstellen. Die konstitutionell abgesicherte Zusammenarbeit ermöglicht deren institutionelle Partizipation auf allen drei staatlichen Ebenen (Councils of Traditional Leaders). Mit der Anerkennung von Status und Funktionen der Stammeshäuptlinge und Stammeskönige werden traditionelles Brauchtum und überliefertes Gewohnheitsrecht beibehalten. Als Machtressource des ANC gewinnen sie in jüngster Zeit erkennbar an Bedeutung: Der im Jahre 2017 verabschiedete „Traditional Leadership and Governance Framework Act“ ermöglicht erstmals den ortsansässigen Autoritäten, Verträge mit Unternehmen zur Exploration und Förderung von Rohstoffen abzuschließen. Damit erhalten sie nicht nur einen formal-rechtlich abgesicherten Zugriff auf das Land, sondern es werden ebenfalls materielle Grundlagen für Netzwerke stammesbasierter Patronage gelegt. Seit 2012 gibt es wieder traditionelle Gerichtshöfe, die für zivilrechtliche Streitfälle zuständig sind, soweit das Gewohnheitsrecht nicht in Widerspruch zu den in der Verfassung niedergelegten Rechtsgrundsätzen steht, wobei diese *de jure* Begren-

zung in der Praxis vielfach nicht aufrecht zu halten ist.

Mit der Revitalisierung tribalistischer Strukturen geht zugleich eine antimodernistische Stoßrichtung in materieller wie ideell-konzeptioneller Hinsicht einher. Ein weitverbreiteter Vorwurf – den Zuma etwa auf dem ANC-Nominierungskongress 2007 in Polokwane äußerte und seitdem mehrfach wiederholt hat – ist, dass gebildete Kreise im Land einen Krieg gegen traditionelle Institutionen und Autoritäten führten. Kritik an seiner Regierungsführung erhielt so den Charakter von pauschalen Angriffen auf das tradierte Brauchtum. Fehlende Unterstützung gegenüber Zuma seitens der Mandatsträger galt dann schnell als Verrat an „ihren“ jeweiligen Gemeinschaften – mit zum Teil tödlichen Konsequenzen: Seit 2014 sind allein in der Provinz KwaZulu-Natal 98 ANC-Mitglieder, vornehmlich kommunale Mandatsträger, ermordet worden, ohne dass es bislang zu einer einzigen Verhaftung kam.⁷

Die dominante Stellung des ANC ist auch darauf zurückzuführen, dass die anderen politischen Kräfte im Land fragmentiert und untereinander ideologisch-programmatisch wie personell zerstritten sind.⁸ Radikale Parteien repräsentieren dabei die Ränder der Gesellschaft, während selbst die gemäßigte Opposition ihren elektoralen Zuspruch über den Kreis ihrer Stammwählerschaft hinaus bislang kaum ausbauen konnte. Im Parlament wird eine wirksame Oppositionsarbeit verhindert, da neben dem ANC gegenwärtig zwölf weitere Parteien vertreten sind. Das Verhältniswahlrecht ohne Sperrklausel ermöglicht den Einzug von Klein- und Kleinstparteien, von denen derzeit zwei mit einem einzigen Abgeordneten in der Nationalversammlung vertreten sind. Diese Fragmentierung limitiert die Kontrollmöglichkeiten gegenüber dem regierenden ANC genauso wie das Wahlsystem mit seinen starren nationalen Listen. So verlieren gewählte Abgeordnete ihr Mandat, wenn sie nach Auffassung ihrer Partei die Parteidisziplin verletzen und aus ihr ausgeschlossen werden. Zusätzlich können die Parteien relativ frei darüber entscheiden, wer ein frei werdendes Parlamentsmandat übernehmen soll, da nicht automatisch die Nachrücker auf der Wahlliste zum Zuge kommen. Dies wirkt sich disziplinierend auf die Abgeordneten im Sinne der Par-

teillinie aus, insbesondere deshalb, weil die meisten Abgeordneten nur über geringe alternative Karrieremöglichkeiten verfügen.⁹

3. Der ANC: Persönliche Bereicherung trifft auf Marxismus und Stammeskultur

Im ANC mischt sich afrikanische Stammeskultur mit marxistischen Überlegungen zu einem Soufflé von Widersprüchlichkeiten, das nicht erst seit dem Machtantritt von Jacob Zuma das politische Koordinatensystem im Land bestimmt. Bis heute bewegt sich der ANC zwischen den Polen politische Partei und marxistisch inspirierte Befreiungsbewegung. Ein historisch gewachsener Zentralismus verfestigt den Eindruck, dem ANC fehle es an innerparteilicher Demokratie, zumal nur alle fünf Jahre ein Parteitag (National Conference) stattfindet: Die nationale Parteiführung ist in einem hierarchischen Vorstand (National Executive Committee, NEC) organisiert, welcher über weitreichende Kompetenzen verfügt. Abschottung und Geheimhaltung kennzeichnen diese Zirkel. Die im Befreiungskampf entwickelte paramilitärische Struktur des ANC hat eine bis heute nachwirkende Radikalität und Aggressivität erzeugt, die keine offenen Meinungsverschiedenheiten duldet und zur Monopolisierung von Entscheidungen neigt. Eine demokratische Willensbildung von unten nach oben wird damit genauso erschwert wie die Bildung unterschiedlicher Interessengruppierungen innerhalb des ANC. Im Parteistatut heißt es dazu: „We should not tolerate the formation of fractions within the movement.“¹⁰

Im Selbstverständnis verfolgt diese Organisation keine tagespolitischen Anliegen, vielmehr steht die generelle Befreiung der Menschen im Vordergrund. Die Selbstbeschreibung als ‚progressive‘ Bewegung – dessen revolutionärer Inhalt sich organisatorisch auf die personelle Übernahme aller Staatsfunktionen beschränkt, was materiell nichts anderes als eine persönliche Bereicherung darstellt – geht nicht nur mit einer tief sitzenden Abneigung gegen das Mehrparteiensystems einher. Vielmehr impliziert es eine fortwährende Auseinandersetzung mit den im Land angeblich noch immer anzutreffenden „konterrevolutionären“

Kräften. Zum Schutz von Volk, Partei und „demokratischer Revolution“ sollen notfalls die Massen mobilisiert werden. Von dieser Kampfansage dürfen sich nicht nur die tatsächlichen Gegner des friedlichen Überganges angesprochen fühlen; sie offenbart auch ein weitgehendes Unverständnis für die Bedeutung der parlamentarischen Opposition in einer Demokratie. Im Selbstverständnis des ANC ist ein Machtwechsel nicht einmal als theoretische Konzeption vorstellbar. Oder in Zumas Worten: „We will continue to run this government forever and ever. The ANC will rule till Jesus comes back.“¹¹

So wurde auch schon die Befürchtung geäußert, dass sich im Land nach der Minderheitenherrschaft der Weißen eine „Tyrannei der Mehrheit“¹² entwickeln könnte. Dabei hat der ANC an theoretischem Gepäck nicht schwer zu tragen. Doch ausgeprägt sind seine Anknüpfungspunkte zur afrikanischen Stammeskultur. Das nach wie vor weit verbreitete tribalistische Stammesdenken¹³, zu dem sich rund 80 Prozent der Bewohner ruraler Gebiete bekennen, beschreibt ein anarchisches Zusammensein, innerhalb dessen das Recht des Stärkeren sowie weitere vormoderne Überlegungen Gültigkeit beanspruchen. Im oftmals für persönliche Vorteilsnahme genutzten Stammesdünkel artikuliert sich ein rückwärtsgewandtes völkisches und zum Despotismus neigendes Substrat, welches wegen fehlender intellektueller Tiefe breitere und ungebildete Massen anzusprechen vermag. Zwar ist die tribalistische Vorstellungswelt mehrheitlich um die Bedarfsdeckungswirtschaft des heimischen Krals zentriert, wiewohl materielle Reichtümer und das Vorhandensein von Luxusgütern ebenfalls Sozialprestige stiften.¹⁴ Wie kein Zweiter stand hierfür der polygam lebende Zulu Jacob Zuma. Zur Sicherung seiner Macht gelang es ihm, das im Land vorhandene tribale Gemeinschaftsdenken zu reanimieren: Beim Trachten nach „Ubuntu“, nach Eintracht in der Gemeinschaft, erhält der Einzelne nicht aus sich selbst heraus einen unabdingbaren und unveräußerlichen Wert, sondern erst durch seine explizite Gruppenzugehörigkeit. Die Betonung des organisierten Kollektivs gegenüber dem Individuum ist sowohl das Ergebnis der 30-jährigen Existenz des ANC als Untergrund- und Befreiungsbewegung, als auch tief verwurzeltes Denken in der schwarz-

afrikanischen Kultur. Aus dieser feudalen Vorstellung entsteht nicht nur ein gesellschaftlicher Antagonismus, vielmehr werden vermeintliche Bedrohungen von außen als Angriff auf die gesamte Gruppe interpretiert. Dieses „tribal model of democracy“¹⁵ impliziert eine autoritäre Sichtweise, bei der Beschlüsse einstimmig getroffen werden und es dann praktisch keine oppositionellen Minderheiten bzw. abweichende Meinungen mehr geben darf. Da die selbsternannte Avantgarde unfehlbare Entscheidungen trifft, lassen sich auftretende Probleme nur durch das Wirken omnipotenter Feinde erklären.

4. Ein demokratisch legitimierter Autokrat: Jacob Zuma

Interessanterweise lässt sich die Regimestabilität in Südafrika nicht mit politik-ökonomischen Ansätzen erklären, die auf den Output und damit auf wirtschaftliche Prosperität abstellen. Südafrikas Rohstoffreichtum – hier vor allem Gold, Diamanten, Kohle – erwirtschaftet einerseits nicht solch hohe Gewinne, dass damit in der Fläche Zustimmung erkaufte werden kann. Andererseits wird der Minensektor nach wie vor nicht vom Staat, sondern von genuin südafrikanischen, teilweise auch von anglo-amerikanischen Unternehmen kontrolliert. Statt staatlicher Rentenzahlungen stabilisieren das Regime vorrangig die zahlreich gesetzlich verankerten Quotenregelungen („Affirmative Action“, „Black Economic Empowerment“) in Wirtschaft und Verwaltung, wovon insbesondere Schwarze mit engen Verbindungen zum ANC profitieren. Ein solcher auf informellen Beziehungsnetzwerken fußender „crony capitalism“ mag zwar unter ökonomischen Gesichtspunkten zu unternehmerischen und volkswirtschaftlichen Ineffizienzen führen, programmatisch geht damit aber eine Mäßigung der einstmaligen radikalen Rhetorik innerhalb des ANC einher.¹⁶ Anstelle der im Befreiungskampf geforderten „demokratischen Revolution“, die sämtliche gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Bereiche einer grundlegenden Transformation unterziehen wollte, haben die früheren Protagonisten des Widerstandes in ihren mehr als auskömmlichen Ämtern und Positionen an einer revoluti-

onären Umgestaltung inzwischen keinerlei Interesse mehr.¹⁷

Um dennoch die Massen im Wahlkampf zu mobilisieren, setzte der ANC erfolgreich auf die Person Jacob Zuma. Ausgestattet mit rhetorischen Fähigkeiten inszenierte er sich als „Mann aus dem Volk“, der zwar nur eine rudimentäre Schulbildung genossen hatte, dem aber der soziale Aufstieg von ganz „unten“ nach ganz „oben“ gelungen ist. Während für das liberale Establishment im Land die Person Zuma mit seinen zahlreichen Korruptions-skandalen, ehelichen wie außerehelichen Frauengeschichten und seines zur Schau gestellten Reichtums wie die personifizierte Unfähigkeit erschien, kam gerade die Wahrnehmung als Selfmademan bei der „einfachen“ Bevölkerung als nachahmungswert empfundener Werdegang an. Männlichkeit gepaart mit sexueller Hyperaktivität – die ihm sechs Frauen, zahlreiche Geliebte und mindestens 20 Kinder bescherte – ist als „role model“ in (Süd-)Afrika durchaus mehrheitsfähig bzw. nicht in dem Umfang wie hierzulande gesellschaftlich sanktioniert.

Inhaltlich blieb Zuma trotz seiner Unterstützung durch die linken Kräfte im ANC wie der Jugendliga und früher auch der South African Communist Party (SACP) ein Chamäleon, insbesondere deshalb, „weil er vielen zu Dank verpflichtet war [...], was aber die autoritären Tendenzen eher verstärkte, da er stets innerparteiliche Rivalen und Konkurrenten fürchten musste.“¹⁸ Daher sicherte er nach seiner Inthronisierung seine Macht institutionell wie personell ab: Institutionell waren Versuche erkennbar, gewaltenteilende wie machtvorschränkende Mechanismen abzubauen. So sollte sich das Verfassungsgericht (Constitutional Court of South Africa) mehr nach Kriterien politischer Konformität zusammensetzen, was auf eine Instrumentalisierung der für die Besetzung von Richterämtern zuständigen Judicial Service Commission hinauslief.¹⁹ Auch die Massenmedien gerieten unter verstärkten Druck staatlicher Einflussnahme. Die South African Broadcasting Corporation (SABC) hatte in Person des inzwischen allerdings abgelösten „Chief Operating Officer“ Zensurmaßnahmen etwa der Art verordnet, dass über gewalttätige Demonstrationen und Zusammenstöße mit der Polizei nicht mehr berichtet werden durfte.

Vermehrt wurde das Recht des Parlaments auf Ernennung von Posten nach – „parliamentary advice“ – von Zuma wahrgenommen. Insbesondere in den staatlich kontrollierten Unternehmen („Parastatals“/„State Owned Enterprises“) breitete sich innerhalb kürzester Zeit eine veritable Günstlingswirtschaft aus. Bei der Auswahl „richtiger“ Personen stützte sich der Präsident vor allem auf eine 1994 aus Indien eingewanderte Industriellenfamilie namens Gupta, was dazu geführt hat, dass sogar von einer Kaperung des Staates („state capture“) durch die Unternehmensgruppe dieser Familie gesprochen wird. Ein solches bis zur Staatskaperung reichendes ausgeklügelte Patronagesystem belastet nicht nur den Staatshaushalt und verschärft die ohnehin schon unzureichende Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen, sondern führt auch zu gesellschaftlichen Gegenreaktionen in Form von alltäglichen wie landesweiten „Service Delivery Protests“. Diese „Rebellion der Armen“ verläuft oftmals in gewalttätigen Bahnen und verweist in politischer Hinsicht auf die Frustration der Township-Bewohner, die auch im neuen Südafrika kaum Perspektiven für eine bessere Zukunft sehen.

5. Politische Wende unter Ramaphosa?

Der von der vorhergehenden Public Protector (einer Art Ombudsfrau zur Korruptionsbekämpfung) Thuli Madonsela herausgegebene Staatskaperungsbericht („State of Capture“, Report 6 of 2016/17), die Ineffektivität verschiedener Ministerien, zunehmende Finanzdefizite staatseigener Unternehmen, die um sich greifende Korruption, hohe Erwerbslosigkeit bei zunehmender sozialer Ungleichheit, schwindende Staatseinnahmen bei gestiegenen Staatsausgaben und die Herabstufung der Kreditwürdigkeit des Landes auf Ramschniveau durch zwei der drei internationalen Rating-Agenturen ließen dann auch in Kreisen des ANC die Befürchtung aufkommen, dass die Partei bei den nächsten Parlamentswahlen 2019 noch schwerere Verluste als bei den Kommunalwahlen 2016 erleiden und dabei womöglich gar die absolute Mehrheit verlieren könnte. Nachdem Vizepräsident Cyril Ra-

maphosa beim ANC-Parteitag (National Conference) letzten Dezember sich mit äußerst knapper Mehrheit als neuer Parteichef hatte durchsetzen können, konnte er den Parteivorstand (NEC) dazu bewegen, Jacob Zuma vom Amt des Staatspräsidenten zurückzurufen. Um einem Misstrauensvotum in der Nationalversammlung zuvorzukommen, blieb Zuma nichts anderes übrig, als am 14. Februar 2018 von seinem Amt zurückzutreten. Somit erging es ihm wie seinem Amtsvorgänger Thabo Mbeki, der von ihm 2008 zum Rücktritt gezwungen worden war.

Ramaphosa, der vom Gewerkschaftsführer zum Multimillionär aufgestiegen ist, dürfte an einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik interessiert sein. Hierfür steht die Wiederernennung des unter Zuma geschassten, aber international anerkannten Finanzministers Nhanhla Nene. Nene wie sein Vorgänger Pravin Gordhan, der nun Minister für öffentliche Unternehmen ist, sollen die um sich greifende Korruption eindämmen, die Solidität des Landes verbessern sowie die horrenden Defizite von Staatsunternehmen (speziell des Energieversorgers Eskom und der Fluglinie SAA) eindämmen. Ramaphosa war als Vizepräsident selbst Teil des Herrschaftssystems von Zuma. Seine personalpolitischen Entscheidungen sind durchaus ambivalent. Zwar hat er den Leiter der Steuerbehörde SARS, Tom Moyane, nach dessen Weigerung zurückzutreten von seinem Amt suspendiert, doch enthält seine Ministerliste sowohl frühere Zuma-Anhänger als auch solche, die von Zuma entlassen worden waren. Zu den engsten Vertrauten Zumas gehören der Finanzminister Malusi Gigaba, der jetzt wie schon unter Zuma Innenminister ist, sowie der neue Vizepräsident David Mabuza, der als einer der vorher Zuma-treuen Provinzregenten einen zweifelhaften Ruf genießt, aber ohne dessen Parteitagsdelegierte Ramaphosa die Wahl zum Parteichef nicht hätte gewinnen können. Auch Nkosazana Dlamini-Zuma, die früher mit Zuma verheiratet war und auf dem Parteitag knapp Ramaphosa unterlag, ist im neuen Kabinett Ministerin. Für die personelle Zusammensetzung gibt es zwei Erklärungen: Da in Südafrika ausgeschiedene Minister meistens auch ihr Parlamentsmandat niederlegen, war seine Auswahl durch die Verfassungsbestimmung, dass bis auf zwei alle Minister und ausnahmslos alle stellvertretenden

Minister Abgeordnete sein müssen, erheblich eingengt. Neben diesen konstitutionellen Hürden bei der Neubenennung der Minister ist Ramaphosa wohl an einer Integration des Zuma-treuen Flügels zur Sicherung der eigenen Macht interessiert. Inwieweit sich das Land so aus dem Würgegriff der alles umfassenden „Krake Zuma“ lösen kann, bleibt abzuwarten. Fest steht, dass sich Reformen nicht gegen den Widerstand der etablierten Parteistrukturen durchsetzen lassen. Zumindest verbal hat Ramaphosa der Korruption einen entschiedenen Kampf angesagt und durch öffentlichkeitswirksame Akte, wie die Wahl eines Sitzes in der Economy Class bei einem Inlandsflug, auch Zeichen gesetzt. Jedenfalls sind seine Sympathiewerte seither merklich angestiegen. Doch häufen sich inzwischen Ramaphosas Probleme in verschiedenen Provinzen, die als Zuma-treu gelten. So verließ der Präsident im April vorzeitig die Commonwealth-Konferenz in London, weil es in der Provinz North West zu massiven Straßenprotesten gegen die ANC-Provinzregierung gekommen war. Er unterstellte daraufhin die Provinz direkt der Zentralregierung.

Ferner schwelt im Land inzwischen ein neuer Konflikt: Nachdem die linkspopulistischen „Economic Freedom Fighters“ (EFF) unter Julius Malema schon seit geraumer Zeit eine entschädigungslose Enteignung weißer Ländereien fordern, hat der ANC-Parteitag im Dezember mehrheitlich beschlossen, die Möglichkeit dafür zu schaffen. So fasste das Parlament jüngst einen Beschluss, das Verfahren dazu einzuleiten. ANC und EFF verfügen zusammen über die notwendige Zweidrittelmehrheit zur Verfassungsänderung. Dies und eine gestiegene Zahl von Morden an weißen Farmern haben zu einer zunehmenden Verunsicherung speziell des afrikaanssprachigen Teils der weißen Bevölkerung beigetragen²⁰, was zusätzlich durch ein Zurückdrängen der afrikaansen Sprache im öffentlichen Raum und speziell an Schulen und Hochschulen verstärkt wird. Dazu kommt noch eine zunehmend ablehnende Haltung vieler Schwarzen gegenüber dem historischen Erbe der weißen Besiedlung am Kap der Guten Hoffnung. Somit ist auch weiterhin mit einer anhaltenden Auswanderung von Teilen der weißen Einwohner zu rechnen, deren fachliche Kompetenzen dann dem Land verloren gehen. Wozu

eine Landenteignung weißer Farmer führen kann, zeigt das Beispiel Zimbabwe.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Noller, Jost F.: Theorie und Praxis der Apartheid: Eine Analyse der Grundlagen und Bedingungen der Politik der „Getrennten Entwicklung“ in Südafrika, Frankfurt am Main 1977, hier: S. 75ff.
- 2 Nach Angaben des South African Institute of Race Relations, <http://www.iol.co.za/dailynews/news/kwazulu-natal/south-africas-grant-system-a-recipe-for-disaster-9922398> (23.06.2017), <https://www.iol.co.za/capetimes/news/only-433-south-africans-of-working-age-employed-10882541> (21.08.17).
- 3 Siehe World Economic Forum: The Global Competitiveness Report 2017–2018, Genf 2017, S. 268f.
- 4 Eingehend Winkelmann, Thorsten; Noller, Jost F.: Nur wenig Veränderung: Die Parlamentswahlen in Südafrika vom 7. Mai 2014, in: ZParl 1/2015, S. 166–182.
- 5 Zu den daraus resultierenden Konsequenzen Southall, Roger: Liberation Movements in Power, Party & State in Southern Africa, Pietermaritzburg 2013, S. 134ff.
- 6 ANC: Statement of the National Executive Committee of the African National Congress on the occasion of the 99th Anniversary of the ANC: January, 8th 2011, S. 16f.
- 7 Köckritz, Angela: ANC – Eine Partei greift zu, in: Die Zeit vom 13.12.2017, <http://www.zeit.de/2017/52/anc-korruption-mord-suedafrika-jacob-zuma/komplettansicht> (4.4.2018).
- 8 Zum Parteiensystem anstatt vieler Spiess, Clemens: Das Parteiensystem Südafrikas: Zwischen Dominanz und Wettbewerb, in: de la Fontaine, Dana; Müller, Franziska; Hofmann, Claudia; Leubolt, Bernhard (Hrsg.): Das politische System Südafrikas, Wiesbaden 2013, S. 159–185.
- 9 Butler, Anthony: Contemporary South Africa, Basingstoke 2009, S. 209.
- 10 Nelsons Mandela's Opening Address to the 48th National Conference of the African National Congress“ vom 2.7.1991 <http://www.anc.org.za/ancdocs/speeches/sp910700-02.html> (4.4.2018).
- 11 o.V.: Zuma: The ANC will rule till Jesus comes back, in: Mail & Guardian vom 8.1.2014, <https://mg.co.za/article/2014-01-08-zuma-the-anc-will-rule-forever> (4.4.2018).
- 12 So der frühere Verfassungsrichter Johann Kriegler. Charl du Plessis: Jacob Zuma 'ontduik howe met tirannie van meerderheid' – oudregter, in: Netwerk24 vom 29.7.2015, <http://www.netwerk24.com/netwerk24/nuus/politiek/2015-07-29-jacob-zuma-ontduik-howe-met-tirannie-van-meerderheid-oudregter> (29.7.2015)
- 13 Logan, Caroly: The roots of resilience: Exploring popular support for African traditional authorities, in: African Affairs 112/2013, S. 353–376.
- 14 Eingehend zur Instrumentalisierung der Stammesstrukturen durch den ANC, Bank, Leslie; Southall, Roger: Traditional leaders in South Africa's new democracy, in: The Journal of Legal Pluralism and Unofficial Law 28/1996, S. 407–430.
- 15 Nash, Andrew: Mandela's Democracy, in: Monthly Review 1999, S. 18–28, hier: S. 18.
- 16 Moeletsi Mbeki: Architects of Poverty: Why African Capitalism Needs Changing, Johannesburg 2009, S. 66ff.
- 17 van Wyk, Jo-Ansie: Cadres, capitalists and coalitions: The ANC, business and development in South Africa, Research Report 01/2009, S. 26.
- 18 Marx, Christoph: Das Erbe der Apartheid, in: de la Fontaine, Dana; Müller, Franziska; Hofmann, Claudia; Leubolt, Bernhard (Hrsg.): Das politische System Südafrikas, Wiesbaden 2013, S. 41–52, hier: S. 50.
- 19 Kende, Mark: Enforcing the South African Constitution: The Fight for Judicial Independence and Separation of Powers, in: Transnational Law & Contemporary Problems 23/2014, S. 35–49.
- 20 Thielke, Thilo: Der blutige Kampf um den Boden, in: FAZ vom 5.4.2018.